

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Abstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Mittwoch, 9. Jänner 1924.

Nr. 8.

4. Jahrgang.

Vor neuen Allianzen?

Der Herr Außenminister Dr. Benes, der für sich den Titel des meistreisenden Staatsmannes der Welt in Anspruch nehmen kann, hat neuerdings, kaum von Paris zurückgekehrt, und vor einer Reise nach London stehend, eine Reise nach Belgrad angetreten, um dort eines seiner vielen diplomatischen Gastspiele zu absolvieren. Dort treten heute die Außenminister Südslawiens, der Tschechoslowakei und Rumäniens zur Konferenz der Kleinen Entente zusammen. In sinniger Weise und in Anlehnung an geschichtliche Vorbilder, wurde gerade der Geburtsstag der südslawischen Königin als Termin des Beginnes dieser Konferenz ausgerufen, der diesmal eine ganz bedeutende politische Bedeutung beigemessen wird, soll sie doch neben der Erörterung eigener Sorgen, der „Vermittlerfähigkeit“ Dr. Benes Gelegenheit geben, dem Reche, das Poincare um Deutschland herum webt, einige neue Maschen anzufügen. Das ist der große und eigentliche Zweck der Belgrader Konferenz der Kleinen Entente: Frankreich, das seine früheren Bundesgenossen in der Großen Entente von sich abfallen sieht, hilflos beizuspringen und ihm neue Verbündete zu schaffen. In Durchführung dieser Mission hat Dr. Benes die Tschechoslowakei an Frankreich bereits verpflichtet, nun soll noch der übrige Teil der Kleinen Entente, vor allem Südslawien, folgen, und, wenn alles gut geht, auch Griechenland und Polen in den Ring eingefügt werden.

Die Konferenzen der Kleinen Entente finden zweimal im Jahre statt. Die letzte wurde am 28. Juli des abgelaufenen Jahres abgehalten; seither ist sehr vieles geschehen und die Lage in Europa, die politische und wirtschaftliche Konstellation, ist eine wesentlich andere als damals. Die Herren Außenminister, die in Belgrad zusammenkommen, wollen also zu der veränderten Lage Stellung nehmen, um den Einfluß ihrer Entente geltend zu machen. Die innere Geschlossenheit der Kleinen Entente ist aber nicht gerade überwältigend groß, und so ist auch hier dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Schon die Einigung auf einen einheitlichen Standpunkt zu den veränderten Verhältnissen wird einige Mühe kosten. Bis zu einem einheitlichen Vorgehen ist dann noch immer ein recht weiter Weg, denn die politischen und wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Staaten des Kleinen Verbandes sind doch so verschiedenartig, daß sie sich zum Leidwesen des Herrn Dr. Benes nicht so leicht vor seinen Wagen einspannen lassen. Wirklich einig sind Südslawien, Rumänien und die Tschechoslowakei eigentlich nur in einer Frage, in der ungarischen, denn jedem einzelnen dieser Staaten wurde durch den Friedensvertrag ein Stück des ehemaligen ungarischen Staatsgebietes einverleibt, und sie alle sind daher in gleicher Weise daran interessiert, daß an diesem Zustand nichts geändert werde. Nun hat der Völkerbund Ungarn eine Anleihe von 250 Millionen Goldkronen zugesichert, die für die Stabilisierung seiner Währung und Konsolidierung seiner Wirtschaft bestimmt sind. Die kleinen Verbandsmächte suchen über die Verwendung dieser Anleihe eine Kontrolle zu erlangen, welcher Wunsch einen wesentlichen Bestandteil der Belgrader Beratungen bilden wird. Hier wird gewiß ein einheitlicher Beschluß zustandekommen, doch alle übrigen Fragen werden auf mannigfache Meinungsverschiedenheiten stoßen.

Die Kleine Entente ist fraglos ein Werk Frankreichs, durch dessen Schaffung es sein Streben nach Vorherrschaft in Europa zu unterstützen sucht. Ein vollkommen willfähriges Instrument in seinen Händen ist die Kleine Entente bisher freilich nicht gewesen, darum der Abschluß des Separatbündnisses mit der Tschechoslowakei, das trotz Fehlens einer militärischen Klausel im Vertrag den Charakter eines Militärbündnisses hat, und in das Frankreich auch die anderen kleinen Verbandsstaaten einbezogen sehen möchte, um gegenüber der an-

Die Eröffnung des englischen Parlaments.

Eine formale Sitzung.

London, 8. Jänner. (Savas.) Unterhaus. Die Abgeordneten sind um drei Uhr fast vollständig versammelt. Baldwin wird von den Angehörigen der Arbeiterpartei bei seinem Erscheinen spöttisch begrüßt: „Galt, er ist wieder da!“

Macdonald wird von seinen Parteigenossen lebhaft begrüßt. Lloyd George hat in der ersten Reihe auf dem den Führer

der Opposition zukommenden Sitz neben demjenigen Asquiths Platz genommen. Macdonald und Lloyd George diskutieren lebhaft.

Der bisherige Sprecher Whitley wird mit Stimmenteilhaftigkeit wiedergewählt. Er nimmt in der althergebrachten Weise am Präsidium Platz.

Um vier Uhr wurde die Sitzung aufgehoben.

Vor dem Regierungsmehrheit

Auch weibliche Minister im Arbeiterkabinett?

London, 8. Jänner. (A. N.) Der Ministerpräsident und die Mehrzahl der Minister ist bereits nach London zurückgekehrt, doch soll, dem Bernehmen nach, der Kabinettsrat, in welchem der definitive Text der Thronrede festgesetzt werden soll, erst am Donnerstag zusammentreten.

Was die Zusammenfassung des Arbeiterkabinetts anbelangt, kursieren zahlreiche Kombinationen. Es sind im ganzen etwa sechzig Posten zu besetzen und es ist wahrscheinlich, daß einige Stellen auch durch Frauen besetzt werden. Das größte Interesse ist natürlich der Besetzung der führenden Stellen gewidmet, für welche der Labour Party einige hervorragende und erfahrene Politiker zur Verfügung stehen.

Der „Daily Herald“, das Zentralorgan der Arbeiterpartei, meint, daß Macdonald wahrscheinlich neben dem Präsidium auch das Außenamt leitend werde, obwar er früher

gegen einen solchen Plan war. Was die übrigen Posten anbelangt, habe Macdonald in allgemeinen Umrissen bereits bestimmte Pläne, könne aber keine definitiven Angebote machen, solange er keine Aufforderung zur Bildung einer Regierung erhalten hat.

Macdonald will die Bedingungen des Friedens schaffen.

London, 8. Jänner. (Savas.) In einer Versammlung der Arbeiterpartei erklärte Ramsay MacDonald: Nicht um die allgemeinen Wahlen vorzubereiten übernehme wir die Regierung, sondern um zu handeln und die Lösung der zahlreichen Schwierigkeiten zu versuchen, in denen sich Großbritannien, Europa und die ganze Welt befindet. Unsere Aufgabe ist es, alle Männer und alle Frauen guten Willens zu mobilisieren. Unsere erste große Aufgabe ist, die Bedingungen des Friedens zu schaffen.

Die Gabelherrschaft in Deutschland.

Schlimmer als das Regime Degouttes.

Berlin, 8. Jänner. (Eigenbericht.) Der militärische Ausnahmezustand hat zu den unbehaltbarsten Zuständen geführt, da insbesondere in u. d. besetzten Gebiet fortwährend sozialdemokratische Versammlungen verboten werden, während zu gleicher Zeit im besetzten Gebiete von den französischen und belgischen Militärbehörden die Abhaltung politischer Versammlungen und Kundgebungen nicht beehelligt wird.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages hat in seiner heutigen Sitzung auf die Beschwerde des Genossen Sollmann hin, dessen Versammlungen von den Verbänden der Generale ganz besonders betroffen werden, erklärt, daß er

sie vollaus berechtigt finde und die Versammlungspraxis der Militärbehörden im Allgemeinen mißbilligen müsse. In einer einstimmig beschlossenen Resolution wurde festgestellt, daß es keine Rechtsgrundlage für ein grundsätzliches Verbot von Versammlung gibt. Nach den bisherigen Erfahrungen ist es sehr zweifelhaft, ob sich die Militärbehörden nach dieser Willensäußerung des Reichstages richten werden.

In Bayern werden nach wie vor den Versammlungen der Linksparteien die größten Schwierigkeiten bereitet, während allen monarchistischen und antirepublikanischen Kundgebungen gegenüber die größte Toleranz geübt wird.

deren, in ihren Umrissen immer deutlicher hervortretenden Mächtegruppe, deren Kernpunkte England und Italien sind, möglichst stark zu sein. In England wie in Italien ist das Mißtrauen gegen die Kleine Entente längst lebendig. Wenn es nun Herrn Dr. Benes gelingen sollte, auch Südslawien in das französisch-italienische Militärbündnis einzuspannen, so würde dies das Mißtrauen verschärfen und sowohl Italien wie England zu Frankreich und seinen Verbündeten in einen noch größeren Gegensatz bringen. Eine weitere Steigerung der Spannung würde die geplante Einbeziehung Griechenlands in die Kleine Entente mit sich bringen. In Griechenland soll gegenwärtig nach der Rückkehr Ventzelos der Augenblick hierfür günstig sein und so soll jetzt in Belgrad über Wunisch Südslawiens für diesen Ausbau der Kleinen Entente der Grundstein gelegt werden. Auch die Einbeziehung Polens in die Kleine Entente ist ein inniger Wunsch Frankreichs, denn erst dadurch würde die von Frankreich nach Rußland über die Tschechoslowakei führende „Brücke“ vollständig werden, weshalb sich der „Vermittler“, Herr Dr. Benes, gewiß beeilen wird, in Belgrad auch hierfür vorzuarbeiten.

Eine gewisse Reptilienpresse bei uns wird natürlich für alles was in Belgrad ausgekocht werden soll, nur Bewunderung und Verherrlichung übrig haben, wie es auch gegenüber

dem Allianzvertrag mit Frankreich geschah. Was sich aber in Belgrad vorbereitet, das sind neue Allianzen und die Verstärkung der bestehenden, und darum müssen sie bei allen, denen es um die friedliche Entwicklung der Verhältnisse in Europa Ernst ist, heftige Bedenken auslösen. Alle politischen Allianzen werden wohl unter dem Deckbild der Parole der Erhaltung des Friedens geschlossen, aber die sich steigende Allianzsucht trägt nur dazu bei, immer weitere Staaten in den Kreis der möglichen Konflikte einzubeziehen. Alle in letzter Zeit abgeschlossenen oder vorbereiteten politischen Abkommen tragen den Stempel der Poincaré'schen Hegemoniepolitik. Je mehr Verbündete Frankreich für sein Herrschaftsstreben in den kleinen Staaten finden wird, desto mehr wird die Furcht vor dieser Hegemonie in England und Italien steigen und desto größer werden die Spannungen, die eines Tages leicht wieder zur Explosion führen können. Gegenwärtig hält man es bei uns für höchsten Patriotismus, Herrn Dr. Benes, der sich als Vermittler Frankreichs betätigt, bei diesem Beginnen Beifall zu klatschen. Aber es wird die Zeit kommen, da es sich zeigen wird, daß jene, die in der Bündnispolitik die Gefahr von Konflikten erblickten und vor ihnen warnten, doch noch, wenn man so sagen darf, die besseren „Patrioten“ waren.

Der Ausnahmezustand in Kahr-Bayern bleibt!

München, 7. Jänner. (Eigenbericht.) Im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages wurde der Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten abgelehnt. Dasselbe Schicksal erlitt den Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes während der Wahlzeit. Ein demokratischer Antrag, der Sicherungen verlangt gegen Zeitungs- und Druckschriftenerbote während der Wahlzeit, und die Press-, Rede- und Versammlungsfreiheit, sowie die Wahlfreiheit im gesetzmäßigen Rahmen wiederhergestellt, wurde angenommen.

Was sich ein Reichswegergeneral erdreht!

Die Segnungen der Militärdictatur.

Dresden, 8. Jänner. (Eigenbericht.) Die „Dresdener Volkszeitung“ teilt mit, mandierende General des Wehrkreises IV., General Müller, an die sächsische Regierung die Aufforderung richtete, ihm die Unterlagen der Denkschrift, welche die Regierung auf Aufforderung des Landtages über die Mißhandlungen von Zivilpersonen durch Reichswegereinheiten zum Verstoß, nach vor der Drucklegung zur Prüfung vorzulegen. Er verbiete jede Veröffentlichung der Denkschrift vor der Genehmigung durch das Wehrkreis-Kommando.

Ludendorff — Spitzenkandidat der vereinigten bayrischen Reaktion

München, 8. Jänner. (Eigenbericht.) Die völkischen Verbände haben sich für die bevorstehenden Reichstags- und Landtagswahlen zu einem Block zusammengeschlossen und dem General Ludendorff die Spitzenkandidatur für beide Körperchaften angeboten.

Adolf Hitler kommt nicht in Betracht, da dieser expedite „Ketter“ Deutschlands nicht einmal die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt.

Der Bürgerbräu-Bullsch.

München, 8. Jänner. (Wolff.) Die Untersuchung über den Hitler-Ludendorff-Putsch nimmt einen ungeheuren Umfang an. Bis jetzt ist gegen mehr als hundert Personen Anklage erhoben worden. An verantwortlicher Stelle soll man sich mit der Absicht tragen, den Prozeß nicht in München stattfinden zu lassen, sondern in einer Provinzstadt, wo sich die Abwicklung der Prozesse glatter gestalten dürfte.

Wahrscheinliche Errichtung einer Goldnotenbank.

Sjalmar Schacht zurückgekehrt.

Berlin, 8. Jänner. (Eigenbericht.) Reichsbankdirektor Schacht ist heute von seiner Auslandsreise zurückgekehrt und wird in den nächsten Tagen über seine Reiseindrücke Bericht erstatten. Wie mitgeteilt wird, haben die internationalen Finanzkreise den Plan der Errichtung einer Goldnotenbank günstig aufgenommen, weil sie sich davon eine dauernde Stabilisierung der deutschen Finanzen und der Währung versprechen.

Es ist anzunehmen, daß die Reichsregierung der Errichtung einer Goldbank zustimmt, daß hingegen die Gründung eines rheinisch-westfälischen Goldnoteninstituts abgelehnt wird, nachdem die französische Regierung die deutschen Bedingungen nicht angenommen hat.

Im übrigen verläutet, daß der Reichsbankdirektor erweiterte Vollmachten erhalten wird, um insbesondere selbständige Entscheidungen treffen zu können. Außerdem wird er den Rang eines Reichsministers bekleiden.

Ein unerwünschter Vermittler.

Berlin, 8. Jänner. (Wolff.) Bezüglich der von Arnold Reber in Paris ohne jeden amtlichen Auftrag vorgebrachten Pläne wird in unterrichteten Kreisen darauf hingewiesen, daß der finanzielle Ertrag einer französischen Beteiligung von 30 Prozent an allen deutschen Aktiengesellschaften so gering sein würde, daß man von einer Wirkung für die Lösung des Reparationsproblems nicht reden könne. Außerdem sei es undenkbar, einer fremden Macht eine Kontrollrolle über die deutschen Verhältnisse anzubieten, wie sie Reber's Plan in sich schließt. Reber's Vorschlag wird als

macht haben, in den nächsten Tagen d-vorgejagt werden sollen. Denn in diesen Körperhaften konnte sich der Arbeiterhaß ungehindert ausbreiten, ohne daß die deutschen Männer es notwendig hatten, ihre Arbeiterfeindschaft, so wie es sich geziemt hätte, offen zu zeigen. Einen trefflichen Beleg für diese Behauptung liefert das Verhalten der Bezirksverwaltungscommission Joachimsthal. Die Gemeinde Joachimsthal — so lesen wir im „Vollwille“ — hat einer Vereinigung zur Erbauung von Arbeiterhäusern Baugrund käuflich überlassen. Der Bezirksverwaltungsanspruch hat den diesbezüglichen Gemeindevertretungsbeschluss weislich kein anderer Anlaß fand, wegen angeblicher Formfehler aufgehoben und so den Bau von Arbeiterwohnungen unmöglich gemacht! Man wird einwenden, daß der oder die Formfehler hätten beseitigt werden müssen. Aber es genügt, zu wissen, daß die Aufhebung des Beschlusses am 13. November erfolgte, und daß die Verständigung, die das Datum von 6. Dezember trägt, dem Stadtrate am 11. Dezember, also völlig vier Wochen später, zugestellt wurde, so daß den Bauverbern die Möglichkeit genommen war, bis 31. Dezember die zur Erlangung einer Staatsubvention erforderlichen Bedingungen zu erfüllen. Eine solche Handlungsweise ist zwar nicht nobel, aber ungefährlich, keiner der Gegner der Bauverber brauchte sich eine Blöße zu geben, aber es wurde doch verhindert, daß in einem Stadtteil, in dem man nur Willen dulden will, Arbeiterhäuser gebaut werden!

Der Parteitag der tschechischen sozialdemokratischen Partei findet zu Opatowitz am 20. und 21. April in Mährisch-Opatowitz statt. Es soll auch über die Revision des Parteiprogramms beraten werden.

Ausland.

Trozkis über die kommunistische Partei.

Wir haben gestern über die Krise in der kommunistischen Partei Rußlands berichtet und mitgeteilt, daß auch Trozkis gegen die Politik der offiziellen Partei Stellung genommen hat. Wir bringen nun heute wörtlich einige Stellen aus dem Artikel Trozkis in der „Pravda“. Trozkis schreibt:

Eben in den letzten Monaten sind die negativen, unerträglichen Eigenschaften des alten Kurses, die Verschlossenheit, das Selbstbewußtsein und die Ignorierung der Stimmungen und Wünsche der Partei deutlicher zutage getreten. Das heißt natürlich nicht, daß der Parteiapparat ausschließlich aus bürokratischen Elementen besteht. Die Tatsache bleibt jedoch bestehen, daß der Bürokratismus in unserer Parteileitung außerordentliche und sogar gefährliche Dimensionen angenommen hat.

Die strenge Leitung durch die erprobten alten Revolutionäre hat den Bedürfnissen der Partei in den ersten Jahren der Revolution vollkommen entsprochen. Jetzt muß man aber auf die Parteiweisen Rücksicht nehmen, die nicht mehr nur Objekte sein wollen. Die Partei ist in Gefahr, sie ist durch die Bürokratisierung der Leitung, durch den möglichen Abfall der Volksmassen, durch die Konzentrierung ihrer Aufmerksamkeit auf nebensächliche administrative Fragen bedroht. Die Tatsache, daß die Partei die Gefahr begriffen und auf sie reagiert hat, beweist ihr starkes Lebensgefühl. Wenn aber der „alte Kurs“ versuchen wollte, seine Position durch Drohungen oder durch künstliche Maßnahmen zu behaupten, so würde die Gefahr der Entartung der Partei wachsen. Die Gegenwart soll auf der Höhe der Vergangenheit stehen, um die Zukunft vorzubereiten. Es handelt sich nicht um den Abbau der älteren Mitglieder, sondern um die Notwendigkeit, daß die leitenden Schichten ihre Stellungnahme ändern. Die wirtschaftliche Lage Rußlands wird noch lange erfordern, daß die kommunistische Partei ihre erfahrenen Leute zur Besetzung von wichtigen Posten in der Verwaltung, in den Genossenschaften und in der Wirtschaft entsendet. Hier liegt die Gefahr des Bürokratismus, denn die sechs Jahre des Bestandes Sowjetrußlands haben feste Gruppierungen der Sowjetgesellschaft gebildet, Schichten, die, mögen sie auch Mitglieder unserer Partei sein, allmählich Opportunisten und Spießbürger werden. Wir sind keineswegs davor gesichert, daß diese Leute, obwohl sie die revolutionäre Schule durchgemacht haben, dieselben Revolutionäre bleiben.

Wo kann man ein Mittel gegen diese Gefahr finden? In der russischen Jugend. Die Jugend ist ein Barometer, und man muß immer darauf achten, was dieses Barometer zeigt. Die kommunistischen Gruppen der Fabriken verbinden unsere Partei mit der für uns wichtigsten Klasse, mit dem Industrieproletariat. Die kommunistischen Gruppen auf dem Lande verbinden uns, obwohl in viel looserer Weise, mit der Bauernschaft. Nun aber spiegeln sich in der Jugend unsere guten und schlechten Eigenschaften, und wir wären verloren, wenn wir nicht ihrer Stimmung die größte Aufmerksamkeit schenken würden. Daß unsere besten Führer gegenwärtig mit der Jugend unzufrieden sind, ist zu beklagen. Wie aber muß die Partei organisiert werden, damit der Bürokratismus ausgeschlossen werde? Es ist selbstverständlich, daß dies nur im Wege der aktiven Parteidemokratie möglich ist. Je mehr Oberhand die demokratischen Methoden gewinnen, desto mehr wird aus der Leitung der Partei eine Verwaltung, durch ihre Vollzugsorgane, sie gelangt in die Hände einer kleinen Gruppe von Personen oder gar einer Person, die über Ermahnungen und Verweisungen verfügt, Weisungen gibt, zur Verantwortung zieht usw. Infolge-

dessen entstehen Mißverständnisse und Unzufriedenheiten.

Die Redaktion der „Pravda“ fügt nun diesem Artikel folgende Bemerkungen hinzu:

Die Redaktion will nicht verschleiern, daß das, was Trozkis gesagt hat, an die Adresse des Zentralkomitees gerichtet ist. Die Verschuldigung Trozkis, daß jede Kritik unterdrückt wird, ist ungeheuer. Noch nie hat sich ein Mitglied des Zentralkomitees mit dem „alten Kurs“ solidarisch erklärt, und nie hat man Trozkis verboten, Kritik an dem Zentralkomitee zu üben. Aber Trozkis hat eine Leidenschaft zu leichtsinnigen Verschuldigungen. Wozu braucht er die „Demokratie“? Er braucht sie, um die Reihen der alten Mitglieder der Partei zu lockern und die Politik des Zentralkomitees zu korrigieren. Allerdings ist es gar nicht wahr, daß Trozkis und die Opposition über die innerparteiliche Demokratie und über den Bürokratismus zuerst gesprochen haben. Der „neue Kurs“ wurde noch im September, bevor die Opposition hervortrat, durch das politische Bureau angenommen. Trozkis und die Opposition haben kein Monopol auf die Demokratie. Das, was Trozkis macht, nützt der Partei keineswegs. Es kann ihr nur schaden. Ein Mitglied der Opposition, Proobraschenski, hat behauptet, daß die oppositionellen Strömungen keine Fraktionen bilden. Trozkis aber sagt offen, daß diese Strömungen die Tendenz haben, sich in Fraktionen umzuwandeln. Dies jedoch stellt eben in unseren Verhältnissen die größte Gefahr dar.

Wenn das Zentralkomitee, das gegen diese Fraktionen nicht eingesprungen ist, weil es sie vorläufig dulden will, so unfähig und schädlich geworden ist, wie Trozkis meint, warum beseitigt er es nicht? Wenn Trozkis diese Folgerung nicht zieht, so zeigt er damit, daß er selbst an seine Behauptungen nicht glaubt. Er will nur die Partei erschüttern und die alte Garde, die Kameraden erregen, die unsere bolschewistische Partei zu einer nichtbolschewistischen machen wollen. Das aber hat die Partei früher nicht zugelassen und sie wird es auch jetzt nicht zulassen.

Bemerkenswert ist, daß auch die Rote Armee von der Krise in der kommunistischen Partei berührt wird. Bei der Regierung sind Abordnungen erschienen und haben das Verlangen ausgesprochen, daß ihre Machthaber aus der Regierung ausgeschlossen werden müßten.

Tages-Neuigkeiten.

Das Bankpapier des Tsaristen und die Gemeindevaagen.

Man sollte nicht meinen, daß es zwischen zwei so grundverschiedenen Dingen wie dem Einschlagpapier eines Tabakträmers und den Gemeindevaagen irgendeinen Zusammenhang geben könnte. Aber in der Tschechoslowakischen Republik ist allerlei möglich, wie folgendes Beispiel beweist.

Dieser Tage standen vor dem Bezirksgericht in Pilsen Karl V., Friedrich B. und Karl T. aus Markt Eisenstein als Angeklagte wegen der Übertretung des § 23 des Preßgesetzes. Der Handwerker Karl und der Arbeiter Friedrich B. waren beschuldigt, die von der deutschen sozialdemokratischen Partei zu den Gemeindevahlen herausgegebenen Flugblätter und die Plakate verbreitet zu haben, auf denen ein Arbeiter die rote Fahne mit der Aufschrift „Wähler sozialdemokratisch“ hielt. Die Verwegenen hatten verabsäumt, die Bewilligung zur Verbreitung von der politischen Bezirksverwaltung in Klattau einzuholen und wurden deshalb vor dem Ras gefesselt. Die Plakate konnten übrigens von allem Anfang an keinen Schaden bei den Spießbürgern von Eisenstein verursachen, da die dortige Gendarmerie die Plakate sofort nach der Affigierung von den Anschlagläusen herunterriß. Und dann wurden die beiden Übeltäter von der Gendarmerie beim Bezirksgericht in Pilsen angezeigt.

Damit aber war der tüchtige Postenführer von Eisenstein noch nicht befriedigt. Noch einen mußte vor das Tribunal, und zwar der Trafikant Karl L., der zufälligerweise in die deutschen sozialdemokratischen Flugzettel Rauchwaren eingepackt, die seine Kunden bei ihm kauften. Auch ihm fehlte dazu, wie das Urteil im Namen der Republik verkündet, die Bewilligung der politischen Bezirksverwaltung. Da auch er auf Grund des Preßgesetzes angeklagt und verurteilt wurde, empfahlen wir für die Zukunft allen Tabakträgern, Weisern und Würstelmannern, das Bankpapier für ihre „Aegyptischen“, „Perlige“ und „Sengurken“ immer erst der zuständigen Bezirksverwaltung vorzulegen.

Der Richter anerkannte weder die Verteidigung der Plakatverbreiter noch die des Flugzettel-einschlagenden Trafikanten. Jene hätten um die Bewilligung zu spät eingereicht und dieser könne von der Mißhandlung an der Verbreitung der Flugzettel nicht freigesprochen werden, wenn er auch „nicht wollte“, daß er seine Rauchwaren in Flugzettel eingepackt, bereit, Verbreitung natürlich nicht bewilligt war.“

Und so wurde Genosse Karl V. zu 40 K oder 48 Stunden Arrest und bedingt verurteilt. Die „bisher wohlverhaltenen“ Genossen Karl T. (der Trafikant) und Friedrich B. (der Arbeiter) dagegen kamen mit 20 K oder 24 Stunden Arrest davon und erhielten außerdem eine einjährige Bewährungsfrist, weil, wie es in der Begründung des Urteils heißt, „der Richter dafür hält, daß

sie in Zukunft einen ordentlichen Lebenswandel führen werden.“

So geschrieben, gezeichnet und gesiegelt am 12. Dezember 1923 beim Bezirksgericht zu Pilsen, im sechsten Jahre der Republik.

Die Londoner Docks in Flammen.

London, 7. Jänner. (A. N.) Ein Brand, wie er seit vielen Jahren nicht gewillt hat, ist in den Londoner Docks ausgebrochen. 200 Feuerwehrleute und viele Spritzen sind mit den Lösungsarbeiten beschäftigt. Eine große Zahl von Wohngebäuden mußte geräumt werden.

Druckfehlerberichtigung. In dem gestrigen Leitartikel „Spaltungsgefahr in Sachsen“ sind durch zwei Druckfehler unrichtige Angaben in den Ziffern der Abstimmungsverhältnisse in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion über den Beitritt zur großen Koalition enthalten. Es heißt dort: „Der Beschluß wurde mit 22 gegen 74 Stimmen gefaßt“, während es richtig heißen soll: „22 gegen 14 Stimmen“. Auch das Abstimmungsverhältnis auf dem Landestage der sächsischen Sozialdemokratie wurde unrichtig wiedergegeben. Es heißt dort, daß der Parteitag mit 74 gegen 22 Stimmen sich gegen den Beitritt zur Koalition ausgesprochen hat, während die richtigen Ziffern 74 gegen 16 Stimmen zu lauten haben.

Das Hilfswerk des Tepitzer Bezirkes für die Notleidenden im sächsischen Grenzbezirk Dippoldiswalde. Die Geschäftsstelle dieses Hilfswerkes hat in den letzten Tagen einen zusammenfassenden Bericht über das bisherige Ergebnis der Sammlungen im Bezirke Tepitz und über die Organisation des Hilfswerkes, in dessen leitendem Zentralkomitee auch unsere Genossen vertreten sind, erstattet. Obwohl aus allen Gemeinden die Sammelergebnisse noch nicht bekannt sind, hat der Tepitzer Bezirk bisher fast 100.000 Kronen aufgebracht. Besonders erfolgreich war die Sammlung in Turn, wo über 25.000 Kronen und ein ganzes Lastenauto voll Liebesgaben gespendet wurden. In Tepitz-Zehnu beträgt das bisherige Sammelergebnis 52.000 Kronen. Von den gesammelten Geldern wurden bis Mitte Dezember dem Verteilungsausschuß Dippoldiswalde 30.000 Kronen überwiesen. Von diesem Betrag blieben 25 Prozent zur Verfügung der Amtshauptmannschaft, während der übrige Betrag den Notleidenden dieses Grenzbezirkes, der derzeit allein 2.300 Erwerbslose verzeichnet, zugute kam. Auch die Liebesgaben der Einwohner von Turn wurden zusammen mit anderen ausgebrachten Liebesgaben, bereits noch Dippoldiswalde geschafft. Die Geschäftsstelle des Hilfswerkes hat weiters an 21 Rohlenwerksbesitzer das Ersuchen gerichtet, für die Notleidenden des Grenzbezirkes Rohle zur Verfügung zu stellen. Dieses Ersuchen sind bis heute jedoch nur fünf Werke nachgekommen! In den Verteilungsausschuß Dippoldiswalde sind — wie aus dem Bericht hervorgeht — vier Mitglieder des Zentralausschusses Tepitz entsendet worden, unter denen sich Vizebürgermeister Genosse Bahelt befindet. In jeder Kollatschgemeinde des Dippoldiswalder Amtesbezirkes besteht ein Wohlfahrtsausschuß, dem alle Bevölkerungskreise angehören und der die Verteilung der Geldspenden, Lebensmittel und Liebesgaben vollständig unparteiisch durchführt.

Das Mittelschulwesen in der Tschechoslowakei. In der Tschechoslowakischen Republik gibt es im ganzen 393 Mittelschulen mit 3232 Klassen; hiervon sind 46 Gymnasien, 118 Realgymnasien, drei Ober-Realgymnasien, 69 Reform-Realgymnasien, 75 Realschulen, 66 Lehrerbildungsanstalten und 16 Fachlehrer-Bildungsanstalten. Der Unterrichtssprache nach waren 257 Anstalten tschechoslowakisch (auf eine Anstalt entfielen durchschnittlich 313 Schüler), 111 deutsch (225 Schüler auf eine Anstalt), 15 magyarisch (269 Schüler auf eine Anstalt), acht russisch (221 Schüler auf eine Anstalt) und zwei polnisch (229 Schüler auf eine Anstalt). Diese Schulen besuchten 111.808 Schüler (auf eine Anstalt entfielen 284 auf eine Klasse 34) u. zw.: Gymnasien 12.116, Realgymnasien 39.090, Realschulen 31.269, Ober-Realgymnasien 18.975, Lehrerbildungsanstalten 8938, Fachlehrer-Bildungsanstalten 390 Schüler. An den Mittelschulen studierten zu Beginn des Schuljahres 1923/24 im ganzen 29.151 Mädchen (26,6 Prozent der gesamten Schüler), u. zw.: 34,4 Prozent an den Reform-Realgymnasien, 27,8 Prozent an Realgymnasien, 14 Prozent an Realschulen, 6,3 Prozent an Gymnasien, 0,7 Prozent an Ober-Realgymnasien der Lehrerebene, 15,4 Prozent an Lehrerbildungsanstalten und 1,4 Prozent an Bildungsanstalten. (Nach den „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“.)

Der Salentkruzier als Gehilfe einer Spielbank. Im Tiroler Kurort Igls gab es im letzten Sommer eine Spielbank, von einem Herrn Siegmund Goldberger geleitet. Die Salentkruzier griffen die „jüdische Spielbank“ zunächst an, dann aber ebbe der Sturm ab, hörte ganz auf und erst einige Tage nachdem sie wieder geschlossen war, kamen im Salentkruzierorgane wieder Angriffe. Das wurde alles begreiflich, als man erfuhr, daß einer der Hauptmacher der Innsbrucker Salentkruzier, ein Herr Propobici, als CroUPIER (Spielleiter) in der „Jüdischen Spielbank“ beschäftigt war. Das wurde bei einer Verhandlung vor dem Innsbrucker Bezirksgericht durch die eigene Aussage des Salentkruzierers bestätigt. Der Redakteur der Innsbrucker „Vollzeitung“, Genosse Glatte, der von dem Salentkruzierer wegen Ehrenbeleidigung geklagt war,

wurde, wie die „Arbeiter-Zeitung“ meldet, freigesprochen.

Der deutsche Er Kronprinz angeblich in Südtirol. Die „Tribuna“ — Rom meldet aus Merano, daß der deutsche Kronprinz sich seit einem Monat in Südtirol zum Wintersport in Begleitung zweier Söhne und eines Offiziers aufhält. Er trägt sich unter dem Namen Graf Zingen ein.

Bergiftung Benizelos? Die „Bosnische Zeitung“ berichtet nach einem Mailänder Blatte, daß Benizelos während der Sitzung der Nationalversammlung von einem Herzkrampf befallen wurde und schleimigst noch Baus getragen werden mußte. Es sei möglich, daß Benizelos einen natürlichen Unfall erlitten habe, wahrscheinlich jedoch sei, daß eine Erkrankung die Folge eines Attentates sei, das man in Athen heimzuhlalen versuche. Auch in London spricht man von einer Vergiftung Benizelos.

Die Ueberreste der „Dixmude“. Der Kreuzer „Mülhause“ brachte aus Sizilien Ueberreste des Luftschiffes „Dixmude“, welche bei Sciacca aufgefunden wurden sind, u. zw. einen Benzintank, elektrische Leitungsdrähte und Ähnliches. Die Gegenstände werden Sachverständigen vorgelegt werden, die sich darüber äußern sollen, ob die Ueberreste tatsächlich von der „Dixmude“ stammen.

Einführung des gregorianischen Kalenders in Armenien. Die römischen Blätter melden aus Konstantinopel, daß der armenische Patriarch die Einführung des gregorianischen Kalenders beschloßen hat.

Eine französische Entdeckung in der Syphilitisforschung. Wie aus Paris berichtet wird, hat das Pasteur-Institut ein wirksames Mittel zur Heilung der Syphilitis entdeckt, das zugleich auch prophylaktisch wirkt. Das neue Mittel, das die Bezeichnung „Stovarfol 190“ erhalten habe, sei in zahlreichen Kurversuchen erprobt und seit einem Jahr mit bestem Erfolg auch bei 190 Patienten angewendet worden. Der Entdecker sei Professor Besson.

Der Tage im Flugzug über stürmischer See. Schon seit vier Tagen, so wird über Rom gemeldet, wußte man nichts über das Schicksal eines italienischen Hydroplans. Samstag abends wurde er nun im nördlichen Adriatischen Meere mit dem Piloten Berlin aufgefunden, welcher, trotzdem er vier ganze Tage in einem heftigen Sturm am Meere zubrachte, wohlbehalten blieb.

Erdbeben in Italien. In der Provinz Ancona wurden Montag nachts abermals drei Erdbeben von geringerer Stärke verspürt. Die Bevölkerung hält sich trotz der Kälte im Freien auf und lampiert in Festen. Es wurden Feldkirchen etabliert, Hilfsstationen sind abgezogen.

Unter Rücklassung von dreieinhalb Milliarden Schutden geflüchtet. Der Textilwarenhändler Heinrich Baktist in Wien ist unter Rücklassung von Verbindlichkeiten in der beiläufigen Höhe von dreieinhalb Milliarden Kronen flüchtig geworden. Nach den polizeilichen Erhebungen liegt betrügerische Kröda vor.

Herrschaften, meine Herrschaften! Ein Thron ist zu vergeben! Aus London wird berichtet: Zu den Pressemeldungen, daß dem Cousin des Königs, Prinzen Arthur of Connaught, der griechische Königsthron angeboten werden soll, erklären zahlreiche britische Blätter, daß dieses Angebot, wenn es gestellt werden sollte, abgelehnt werden müßte.

Drachlose Telephonie im Verkehr mit fahrenden Zügen. Eine französische Fachschrift berichtet: Auch die Bahn- und Postverwaltungen Frankreichs haben Versuche über drachlose Telephonie in fahrenden Zügen angestellt und zum Teil gute Resultate erzielt. Allerdings wurden die Gespräche ganz abgeschnitten beim Durchfahren von Tunneln und auf eisernen Brücken. Naheliegende Vergütungen und Einschnitte verminderten die Hörbarkeit. Die Ursachen dieser Störungen werden untersucht. — Während die englischen Bahnen keine erfolgreichen Versuche anstellen konnten, weist Deutschland einen Erfolg auf: Im Zuge zwischen Hamburg-Berlin (Luftlinie 250 Kilometer) kann mit einem Teilnehmer in einer der zwei Städte gesprochen werden wie am gewöhnlichen Telephon. — Von Zürich aus reicht jede Luftlinie von 250 Kilometer Länge über die Grenze hinaus. Damit ist die Anwendbarkeit dieser Methode in der ganzen Schweiz aber noch nicht gesichert, die Alpen und die oft in tiefen engen Tälern liegenden Bahnlinien werden Hindernisse bilden, die dem Ingenieur noch viel Arbeit bieten.

Rossbars Nährwert. Eine tragikomische Geschichte, deren bedauernterter Held der frühere spanische Premierminister Graf Romanones ist, wird aus Madrid berichtet. Der bekannte Staatsmann hatte als Weihnachtsgeschenk für seine Tochter dreihundert noch ungefaßte Perlen bestimmt, die kurz vor dem Feste aus dem Hause verschwand und, trotz aller Bemühungen der Polizei und sofortiger Hausdurchsuchung, verschwunden blieben. Als nun ein paar Tage später, an der Villa des Grafen Romanones eine Herde Weihnachtsgeschenke vorbeigetrieben wurde, kam der kleine Enkel des Hausherrn zu seinem Großvater und fragte, ob er nicht noch mehr „solcher kleiner, runder Dinge zum Nährwert“ hätte. Es stellte sich heraus, daß der Junge einen Mann gesehen hatte, der sein Geflügel mit getrockneten Erbsen fütterte, und als er zufällig in einem Schächtlehen die Perlen sah, glaubte er, auch das seien Erbsen, und verfütterte sie an dem kritischen Tage an Nährwert, die gerade auf den Markt gebracht wurden. Die Tiere hatten die ungewohnten kostbarbeit begierig verschluckt und verschwanden mit dem sorderbaren Futter. Romanones hat nun be-

Lamenten der Einzelstaaten und des Reiches sein wird, desto geringer können die Ausnahmen vom Achtstundentag sein. Der Ausfall der Reichstagswahl entscheidet also in großem Umfang über das Schicksal des Achtstundentages in der nächsten Zeit.

So gefährlich und schädlich die Ausnahmebestimmungen, die die neue Arbeitszeitverordnung schafft, auch sind, dem Unternehmertum genügt das alles nicht. Es will die Beseitigung jeder gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit. In einem Artikel des Berliner Sinnesorgan „Der unsterbliche Achtstundentag“ wird in diesem Manuskriptum jede Einmischung des Staates verworfen von demselben Unternehmertum. Das diese Einmischung für Aufrechterhaltung ihrer Schutzvorteile, für Niederhaltung ihrer Arbeiterschaft nicht dringend genug fordern kann. Ebenso heftig wendet sich das Sinnesblatt aber auch gegen die „Einmischung“ der Gewerkschaften gegen die tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen. Die Unternehmer wollen wieder wie im Kriege Herren im eigenen Hause sein und mit ihren Arbeitern im Betriebe die Löhne und Arbeitsdauer festsetzen; sie wollen, mit einem Wort, ihre Wirtschaftsdiktatur wieder haben. Deshalb genügt ihnen der Rückzug der Regierung noch immer nicht und daher die Ankündigung, daß der Kampf gegen den Achtstundentag von den „Sinnes“ und seinen Mitexpropriateuren des deutschen Volkes mit aller Macht fortgesetzt werden wird.

Auch dieser Kampf wird sowohl wirtschaftlich als politisch entschieden werden und die Arbeiterschaft hat alle Ursache, dem Unternehmertum für seine Offenheit dankbar zu sein. Denn nichts kann die Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie mehr erleichtern als das offene Bekenntnis des Unternehmertums zur wirtschaftlichen Diktatur und grenzenlosen Ausbeutung.

Freie oder Zwangswirtschaft in der Arbeiter-schutzgesetzgebung. Unter diesem Titel bringt die sonntägige „Bohemia“ einen Artikel, in dem der Generalsekretär der Arbeitgebervereinigungen des deutschen Hauptverbandes der Industrie Doktor Rudolf Fernegg die Ansicht vertritt, man solle alle sozialpolitischen Maßnahmen der freien Vereinbarung der Unternehmer und Arbeiter überlassen und nicht gewisse sozialpolitische Errungenschaften durch Gesetz festlegen. Nun ist wohl richtig, daß die Fortbildung der Sozialpolitik vielfach von der Macht der Gewerkschaften abhängig und sozialpolitisch durch Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern manches Neue zu erzielen ist. Die Festlegung der Sozialpolitik im Wege des Gesetzes hat aber die Aufgabe, die sozialpolitischen Errungenschaften nicht nur denjenigen Branchen zu sichern, in denen die Gewerkschaften stark sind, sondern allen Arbeitern gleichgültig, in welcher Branche sie arbeiten, die Segnungen einer modernen Sozialpolitik zuteil werden zu lassen. Außerdem sind sozialpolitische Verfügungen, die im Gesetzeswege getroffen werden, vor der Reaktion und den Angriffen der Unternehmer geschützt. Den Unternehmern würde es wohl passen, alle Sozialpolitik auf der freien Vereinbarung zwischen Unternehmern und Arbeitern aufzubauen, um dann in Zeiten, wenn die Unternehmer stark und die Arbeiter durch Krisen geschwächt sind, die sozialpolitischen Errungenschaften abzubauen. So ist der Artikel des Reichsberger Unternehmenssekretärs zu verstehen.

Der Arbeitsplan des Ministeriums für soziale Fürsorge. Wie das „Bravo Lidu“ mitteilt, bezieht im Ministerium für soziale Fürsorge die Absicht, die Durchsetzung der nachstehenden Gesichtspunkte zu betreiben: Vor allem der Gesichtspunkt über die Sozialversicherung der Arbeiterschaft sowie der über die Versicherung der Selbständigen. Dann die Regelung der Pensionsversicherung der Privatangestellten, die Sicherung der Auszahlung der Teuerungserhöhungen zu den Unfallrenten und die Einführung der Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System am 1. Juli dieses Jahres. Ebenso wird das Mieterschutzgesetz in einer bestimmten Form erneuert werden.

Weiterer Rückgang der Preise in Deutschland. Dem Index der „Frankfurter Zeitung“ zufolge ist der Rückgang der Großhandelspreise in Deutschland andauernd. Den Höchststand hat der Großhandelsindex am 29. November 1923 mit 1647,6 Milliarden erreicht. Am 13. Dezember betrug der Index 1565,2, am 3. Jänner 1924 1471,7 Milliarden.

Die Wirtschaftslage im Ruhrgebiet. Nur unter wilden Zudrängen kommt die Industrie des besetzten Gebietes wieder in Gang. Im Bergbau haben die Vereinbarungen über die Arbeitszeit die Reibungsflächen verringert. Noch immer versuchen die Zechenindustriellen, ganze Betriebsanlagen stillzuliegen, um die Lohnfrage nach ihrem Willen zur Entscheidung zu bringen. Deshalb sind die augenblicklichen Gesundungsercheinungen in der Montanindustrie oberflächlicher Art und tragen die Keime kommender großer Kämpfe in sich. Viel schlimmer gestaltet sich die Entwicklung in der Metallindustrie. Das getroffene Mehrarbeitabkommen wird hart umstritten. Während ein großer Teil der unorganisierten Arbeiter und die Christlichen und Christlich-Denkenden Verbände ihm zustimmen und bereit sind, unter den getroffenen Bedingungen zu arbeiten, erklären die Freigewerkschafter, die Verantwortung ablehnen zu müssen. Aus dieser uneinheitlichen Haltung der Arbeiterschaft ergeben sich zahlreiche Differenzen, die von den Unternehmern benutzt wurden, bereits eröffnete Betriebe wieder zu schließen. Die Verkehrsverhältnisse liegen noch völlig im Argen. Jedoch besteht begründete Hoffnung, in kürzester Zeit der größ-

ten Schwierigkeiten Herr zu werden. Die Verhandlungen zwischen der deutschen Eisenbahnverwaltung mit der französisch-belgischen Regie nehmen einen befriedigenden Verlauf. Es ist zu erwarten, daß es den deutschen Bemühungen gelingen wird, die katastrophale Verstopfung der Übergangsbahnhöfe zu beheben, so daß die Wagengestellung im Güterverkehr in halbwegs normale Bahnen kommt. Der Dortmunder Hauptbahnhof ist zur Abwicklung des Verkehrs zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet zur Hälfte der deutschen und zur anderen Hälfte der französisch-belgischen Eisenbahnregie zugeteilt worden.

Eine deutsche Währungsbank in der Schweiz? Die Frage der Gründung einer deutschen Währungsbank in der Schweiz oder in einem anderen außerdeutschen Staat, befindet sich, wie aus Bern berichtet wird, noch im Stadium der Vorbereitungen. Die bezüglichen Verhandlungen finden in London statt. Dem Projekte liegt die Idee zugrunde, daß die Geldgeber unter den jetzigen Verhältnissen Bedenken tragen werden, die Gelddeckung in Deutschland selbst zu devonieren. Voraussetzung für das Gelingen des Planes ist, daß die Reparationskommission sich damit einverstanden erklärt.

Stinnes in der Glasindustrie. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet, daß Stinnes auch in der Glasindustrie eine beherrschende Rolle spielen wolle. Er habe die Lizenz für amerikanische Maschinen erworben, welche Glasröhren herstellen, die bisher mit der Glaspeife geblasen werden mußten, so: Thermometerröhren, Barometerrohre usw. Die Geschliffen des Thüringer Waldes haben bisher diese Röhren nicht maschinell erzeugt, u. a., weil einige Maschinen genügen würden, um das Material für ganz Deutschland herzustellen, und dadurch die Glasbläser eubehrlieh machen würden.

Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an der Leitung und am Gewinn einer amerikanischen Unternehmung. Herr Henry S. Dennison, Präsident der Dennison Manufacturing Co., besuchte aus Anlaß einer Europareise das Internationale Arbeitsamt in Genf, wo er einen Vortrag über die bei seiner Firma bestehende Beteiligung des Personals an der Leitung und am Gewinn des Unternehmens hielt. Herr Dennison geht von dem Grundsatze aus, daß an einem Unternehmen nicht tätig mitwirkende Aktionäre auch nicht Einfluß auf den Betrieb des Unternehmens haben sollen. Deshalb entschied er sich zu der Meinung, daß die Aktionäre wohl Dividenden für ihr Kapital bekommen, aber in der Verwaltung keine Stimme haben. Dann wurden Geschäftsanteile an die leitenden und kaufmännischen Angestellten ausgegeben (etwa zehn Prozent des Personals) und diesen nach und nach die Leitung des Unternehmens übergeben. Nachdem dieser Schritt sich als Erfolg gezeigt hatte, wurde für die anderen beschäftigten Personen ein Betriebsrat organisiert, der in allen Fragen betreffend das Arbeitsverhältnis zu Rate gezogen wird. Das freie Koalitionsrecht blieb dabei gewahrt. Ueberdies wurde an das im Betriebsrat vertretene Personal eine besondere Art von Geschäftsanteilen ausgegeben; dieses Anteilkapital wächst so wie der Unternehmungsgewinn andauernd und es befaßt sich jetzt auf etwa ein Drittel des Gesamtkapitals. Die Inhaber der letzteren Anteile sind zum Bezug von Dividenden berechtigt, nicht aber zur Teilnahme an der Leitung des Unternehmens. Beim Austritt eines Arbeiters werden die Anteile von der Firma angelauft. Diese Methode der Beteiligung hat sich in den letzten Krisenjahre gut bewährt.

Steigende Preise auf der ganzen Welt. Im Dezemberheft der „Internationalen Labour Review“ erschien eine Uebersicht der internationalen Preisbewegung, welche erkennen läßt, daß im Herbst 1923 die Großhandelspreise in vielen Ländern wieder mehr oder minder anstiegen. In einer Gruppe von Ländern, die Deutschland, Rußland und Polen umfaßt, war dieses Ansteigen ein Ergebnis der allgemeinen Wirtschaftslage und der Geldentwertung. In Deutschland stiegen die Großhandelspreise vor der Ausgabe verbrieflichen Geldes sehr rasch, und zwar in noch größerem Maße als der Dollarkurs anwuchs. Die Folge war, daß im Oktober das Preisniveau in Deutschland über dasjenige der Weltmarktpreise hinausging. In den übrigen Ländern wiesen die Großhandelspreise weniger deutliche Steigerungen auf, es herrschte vielmehr ein Auf- und Niederstauwanken vor; das gilt von den Niederlanden, Norwegen, Spanien, den Vereinigten Staaten von Amerika usw. Die Kleinhandelspreise stiegen bemerkenswerter in Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Polen und Rußland, in geringerem Maße auch in Belgien, Frankreich, Finnland, Großbritannien, Italien und den Vereinigten Staaten. In Spanien und Südafrika blieben sie unverändert und in Norwegen, Luxemburg und Aegypten fielen sie. Im allgemeinen ist die Preisbewegung in den Uebergangsländern durch ein Fallen oder Gleichbleiben ausgezeichnet, wogegen in Europa infolge der Zerrüttung der Wirtschaftsverhältnisse noch vielfach Preissteigerungen herrschen.

Devisenliste.
Wiener Kurse am 8. Jänner.

	Gold	Währ.
100 holl. Gulden . . .	1802.50	1908.50
1 Billion Francs . . .	7.50 00	7.70 00
100 belg. Francs . . .	147.75 00	149.25 00
100 schwed. Francs . . .	800.75	808.75
1 Pfund Sterling . . .	148.17 50	149.57 50
100 Lire	148.75 00	150.25 00
1 Dollar	4.45 00	34.75 00
100 franz. Francs . . .	161.50 00	171.00 00
100 Dinar	38.40 00	38.90 00
10000 magar. Kronen . .	17.00 00	17.50 00
1000000 russ. Rubel . . .	3.35 00	4.15 00
10000 österr. Kronen . . .	4.75 50	4.95 50

Die tschechische Krone notiert in:
New York Dollar 2.0075
Lond. Schwei. Franc 16.7000
Berlin Mark 128.500.000.0000
Wien österr. Kr. 207200

Vorträge.
Moderne Forschungen auf dem Gebiete des Seelen- und Geschlechtslebens.

Vorträge Magnus Hirschfeld.
Vor einem dichtgedrängten Publikum von Laien und Wissenschaftlern sprach am Samstag in der Urania Sanitätsrat Magnus Hirschfeld aus Berlin über „Moderne Forschungen auf dem Gebiete des Seelen- und Geschlechtslebens“. Er ging aus von dem Gesetz der gemischten Vererbung, wonach, neben andern Varianten, auch der männliche und der weibliche Typus in bestimmten Mischungsverhältnissen feststellbar sind, u. zw. nicht nur in der Gesamtsomme der Individuen, sondern zugleich im Individuum selbst. Das allgemeine Sexualgesetz, wonach die Angehörigen des männlichen und des weiblichen Geschlechts ihrer Zahl nach einander überall annähernd die Wage halten, ist keine Zufallserscheinung, Hirschfeld würdigte in diesem Zusammenhang insbesondere die Forschungen des mährischen Pfarrers und Biologen Gregor Mendel, der, gegenüber Darwin, die Gesetzmäßigkeit der Vererbung nachwies. Und dieser Nachweis gilt naturgemäß auch für die Geschlechtsvererbung, deren Gesetzmäßigkeit verschiedentlich auch experimentell erhärtet wurde, so daß zum Beispiel bei der Züchtung englischer Windspiele für einen bestimmten Zeitraum die Geburt von 23.000 Tieren weiblichen und 22.900 Tieren männlichen Geschlechts festgestellt werden konnte. (Von Interesse war übrigens die persönliche Beobachtung Hirschfelds, daß der Mendelismus im Auslande, insbesondere in England, stärker verbreitet ist als in Mendels Heimat). Gegenüber dieser Gesetzmäßigkeit kommt den da und dort aufgetauchten Bestrebungen (Professor Schenk und anderer), das Geschlecht willkürlich zu beeinflussen, keine Bedeutung zu. Wohl aber ist die Tatsache des Bestehens der Menschheit aus einer männlichen und einer weiblichen Hälfte, wie die nachgewiesene Gesetzmäßigkeit hinsichtlich der sonst noch vorhandenen Varianten, sehr wesentlich. Diese in der Natur begründeten Unterschiede, die sich im Einzelorganismus wiederholen, sind selbstverständlich ebenso wenig als pathologische Erscheinungen aufzufassen, wie etwa die Tatsache, daß aus einer Paarung von schwarzen und weißen Kaninchen nicht nur Tiere gleicher Färbung, sondern auch graue Exemplare hervorgehen. Die Wissenschaft der Menschentunde, die solche Erkenntnisse vermittelt, steht heute allerdings noch in den Kinderschuhen. Der Weg zu ihr ist die einfache Naturbeobachtung, die man sich freilich oft so schwer macht: wie die Anhänger der freud'schen Schule, die, trotz mancher Verdienste, durch ihre Neigung zur Spekulation, zu scholastischer Grübelei, zu einer gekünstelten Symbolik sich den Weg zu klarer Erfassung der gegebenen einfachen Naturgesetze vertrammelt. Für den Menschen ist keine Extrawurst gebacken. Er unterliegt denselben Gesetzen des Lebens und der Liebe, wie alle andern Naturgeschöpfe. Aus Liebe entsteht Leben, aus Leben Liebe. Das gilt für die körperliche, wie für die geistige Zeugung, die darauf ausgeht, in Gemeinsamkeit ein Neues zu schaffen. Die scheinbare Einsamkeit von Kant, Spinoza, Nietzsche, Schopenhauer ist eine Ausnahmerscheinung; sie widerspricht dem Gesetz der Variabilität und Individualität. Auch die anscheinende rückläufige Bewegung des selbstgenügsamen, sich selbst bespiegelnden Nazismus und des damit verwandten Transsexismus ist verwirklicht, als es auf den ersten Blick aussieht mag. Die krankhafte Verleidenungsucht geht im Grunde auf Croix zurück. Hirschfeld berührte weiterhin die beiden hauptsächlichsten Forschungsmethoden auf dem Gebiete der modernen Geschlechtspathologie: die Erforschung der inneren Sekretion, des inneren Chemismus der Sexualität und seiner körperlichen Ausfallerscheinungen (Prof. Biedel, Prag, Steinhilber, Wien) und der Konstitutions- oder Typenforschung, die zwar noch nicht sehr weit vorgeschritten ist, aber ausssichere Ansätze zeigt. Eine praktische Anwendung der Menschentunde wäre vor allem für die Beeinflussung des Kindes von großem

Wert. Dazu sind freilich Selbsterkenntnis und Selbsterziehung vonnöten, aber im hellenischen Sinne, der den Asketismus des späteren — bereits kirchlich verfallenen — Christentums ausschließt und auch mit fatalistischen Aeußerungen der Lebensverneinung in neuerer Zeit (Spengler!) nicht gemein hat.

An die Spitze seines zweiten Vortrags, der das weite Gebiet der sexuellen Probleme und der daran anschließenden modernen Reformbestrebungen behandelte, stellte Magnus Hirschfeld das Motto: „Sitte und Sittlichkeit wechseln nach Ort und Zeit“. In Form einer zusammenfassenden, sachlich gegliederten Beantwortung der vielen aus dem Zuhörerkreis an ihn gerichteten Fragen zeigte Hirschfeld die Reformbedürftigkeit der zeitgenössischen Gesetzgebung und Rechtsprechung auf dem Gebiete der Sexualvergehen. Von Interesse war dabei die Konstatierung, daß die österreichischen Nachfolgestaaten — insbesondere die Tschechoslowakei — in diesem Punkte am rückständigsten sind. Während beispielsweise Rußland die Strafverfolgung homosexueller ganz beilegt hat und Deutschland nur den tatsächlichen homosexuellen Verkehr im engeren Sinne (und nur den Verkehr unter Männern) bestraft, stellt das Strafgesetz der Tschechoslowakei alle gleichgeschlechtlichen Handlungen (auch den Verkehr der Frauen) unter Strafe. In Prag sind innerhalb einer Woche so viel Straffälle dieser Art zu verzeichnen wie in ganz Deutschland innerhalb eines Jahres. Diese Feststellungen sind deshalb von Bedeutung, weil zur Zeit überall (auch in der Tschechoslowakei) neu. Gesetzbücher mit veränderten Strafbestimmungen über Sexualvergehen in Vorbereitung sind und nur eine streng wissenschaftliche, auf Erfahrung gestützte Behandlung des Gegenstandes verhindern kann, daß man eine Lösung vom grünen Tische aus versucht. Es handelt sich hier zumeist nicht um strafbare Vergehen, sondern um naturgegebenes individuelle Anlage. Eine Prüfung ergab, daß in allen Ländern etwa jede dreißigste Person als gleichgeschlechtlich zu bezeichnen ist. Die weiteren Antworten Hirschfelds betrafen die Kapitel „Abtreibung“, „Prostitution“ und andere aktuelle Probleme. — Starker Beifall der dichtgedrängten Zuhörer schloß dankte für die instruktiven Darlegungen des Berliner Gasten.

Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Mittwoch „Carmen“; morgen Donnerstag Gastspiel Deutsch „Die Jüdin von Toledo“; Freitag „Salome“; Samstag „Im weißen Rößl“; Sonntag „Boccaccio“.
Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch „Lilium“; morgen Donnerstag „Die schöne Mama“; Freitag Premiere „Der Rustergratte“; Samstag „Dorine und der Zufall“; Sonntag abends erste Wiederholung „Der Rustergratte“.
Arbeitervorstellung „Florian Geyer“. Kommen den Sonntag halb 8 Uhr, gelangt im Neuen Theater Geisbart Hauptmanns Drama „Florian Geyer“, das unter der Leitung des Berliner Regisseurs Karl Heinz Martin inszeniert und einstudiert wurde, als Arbeitervorstellung zu ermäßigten Preisen zur Aufführung. Kartenverkauf bei Optiker Genossen Deutsch, Graben 25, Kleiner Bazar.

Mitteilungen aus dem Sublitum.

Das Beste für Ihre Augen
besucht **Optiker Deutsch, Prag,**
Graben 25, Kl. Bazar
1332

Beste jeder Art, die zur allerfeinsten Gattung, erhalten Sie jetzt bis auf die Hälfte herabgesetzt im Konfektionshause Stránská, Hybernská. 2534

Herausgeber: Dr. Ludwig Cech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckergesellschaft, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holtz.

Alle Bücher
steht rasch und billig
die
Volksbuchhandlung
Kremser & Co.
Teplitz-Schönau,
Theresienstraße 18 — 20.
Großes Lager in preiswert
Liegenschaftslösungen.
Skrizschriften senden wir
auf Wunsch kostenlos.

Die Volksbuchhandlung
Ernst Sattler,
Karlsbad
unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art

Literatur.
Alle nicht lagernden
oder wo immer ange
fundigsten Bücher und
Zeitschriften werden
rasch und geliefert.



Der lesende Arbeiter
das ist der
denkende und kämpfende
Arbeiter!
In der Not der Arbeitslosigkeit.
Im Kampfe um bessere
Arbeitsbedingungen.
Im Kampfe um geistige Freiheit
und Kultur ist der

„Sozialdemokrat“
das Zentralorgan der deutschen
sozialdemokratischen Arbeiter
partei in der tschechoslowaki
schen Republik das einzige
geistige Band, welches das
deutsche Proletariat im Angriff
und Abwehr zusammenschließt
Werdet Leser und werbet
neue Leser des
„Sozialdemokrat“

Abonnements-Bestellschein. Abonniere ab 192 192
48 Kč — monatlich 16 Kč — vierteljährlich
144 Kč — halbjährlich 96 Kč — ganzjährlich 192 Kč (nicht Zutreffendes
durchstreichen) den

„Sozialdemokrat“ — Verlag Prag II., Matkova ul. 2.

Vor- und Zuname: _____
Beruf: _____
Ort, Bezirk _____
Strasse und Nr. _____